

Informationen aus Bruderparteien

Regionalberatung fordert: Konfliktherde beseitigen

(NW) Am 21. und 22. Oktober 1987 fand in Athen die dritte Konferenz von kommunistischen und Arbeiterparteien der Region des östlichen Mittelmeeres, des Nahen und Mittleren Ostens und des Roten Meeres statt. Aus einer von der Konferenz verabschiedeten Deklaration geht hervor, daß die Partei Vertreter regionale Fragen im engen Zusammenhang mit dem weltweiten Kampf um Frieden, Abrüstung, Entspannung und friedliche Zusammenarbeit zwischen Staaten und Völkern behandelt haben. Sie bekräftigten die Überzeugung ihrer Parteien, daß es im Interesse des Überlebens der Menschheit notwendig ist, einen Kernwaffenkrieg zu verhüten, das Wettrüsten auf der Erde zu beenden und seine Ausdehnung auf den Weltraum zu verhindern. Positive Ergebnisse auf diesem Wege schaffen, wie festgestellt wird, günstige Bedingungen sowohl für die Beseitigung regionaler Konfliktherde als auch für die Lösung der akuten ökonomischen Probleme, vor denen insbesondere die Entwicklungsländer stehen.

Die Konferenzteilnehmer schätzten ein, daß die Region, in der ihre Parteien tätig sind, zu den explosivsten Gebieten der Welt gehört. Deshalb wird die Idee der Lösung des Nahostproblems durch die Einberufung einer internationalen Konferenz im Rahmen der UNO begrüßt. Gefordert wird eine politische Lösung der angespannten Lage im Golf in Übereinstimmung mit der Resolution 598 des UN-Sicherheitsrates sowie die umgehende Lösung des Konfliktes Iran-Irak mit politischen Mitteln. In der Deklaration wird das zyprische Volk der Solidarität in seinem gerechten Kampf um ein unabhängiges,

souveränes, einheitliches, föderatives und nichtpaktgebundenes Zypern versichert, das frei von ausländischen Streitkräften und Basen ist. Hinsichtlich der Ägäis wird eine baldige gerechte und friedliche Regelung der griechisch-türkischen Differenzen auf der Grundlage des Völkerrechts, der internationalen Praxis, der Helsinki-Schlußakte und der UN-Charta gefordert. Aus dem Mittelmeer sollen die Flotten von Nichtanrainern und alle Kernwaffen abgezogen werden. Die auf nationale Aussöhnung gerichtete Politik der Demokratischen Republik Afghanistan wird unterstützt.

Die auf der Konferenz vertretenen Parteien erklärten ihre Entschlossenheit, gemeinsam mit allen anderen demokratischen, fortschrittlichen und friedliebenden Kräften ihre Anstrengungen zu verstärken, damit diese Ziele erreicht werden.

DVPA stärkt ihre Reihen

(ADN) In der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) sind 186 000 Mitglieder und Kandidaten organisiert, dreimal soviel wie 1982. Wie Nour Ahmad Nour, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der DVPA, auf der 2. Landeskongress im Oktober 1987 mitteilte, sei die Partei in den vergangenen 5 Jahren auch qualitativ gewachsen. 71 Kreis- und 15 Bezirksparteiorganisationen wurden neu aufgebaut. Die Anzahl der Grundorganisationen hat sich von 1767 auf 5000 erhöht. In den Streitkräften bestehen über 2000 Parteiorganisationen.

Die DVPA steht an der Spitze bei der Verteidigung der Revolution in Afghanistan. Unter ihrer Führung wurden im Lande tiefe sozialökonomische Veränderungen vollzogen. Die Partei ist auch Initiator und führende Kraft der Politik der nationalen Versöh-

nung. In Übereinstimmung mit dem Entwurf des neuen Programms der DVPA werden die Richtlinien der Partei ergänzt. Sie basieren auf den Erfahrungen anderer revolutionärer Parteien und zielen darauf ab, das Parteileben mit den Anforderungen der Zeit in Einklang zu bringen. Dabei soll auch die neue Zeitschrift des ZK „Parteileben“ helfen, deren erste Nummer im September 1987 erschien.

Volkspartei Panamas gegen USA-Gewaltpolitik

(NW) Das Politbüro des Zentralkomitees der Volkspartei Panamas hat in einer Erklärung die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Panamas verurteilt und alle Volkskräfte des Landes zur Geschlossenheit und Wachsamkeit gegenüber der imperialistischen Verschwörung aufgerufen. Der USA-Senat hatte kürzlich in einer Resolution der Regierung Panamas Schritte diktiert, die dem Ziel dienen, die Präsenz des US-amerikanischen Imperialismus in Panama um jeden Preis aufrechtzuerhalten.

Das Politbüro wendet sich entschieden gegen solche Praktiken. Es fordert die Schaffung eines souveränen Nationalstaates, die Nationalisierung des Panamakanals, den Abzug der nordamerikanischen Truppen und eine unabhängige Entwicklung des Landes. Die aktuelle Notwendigkeit der Verteidigung der Heimat erfordert es, daß die Regierung dem Volk günstigere Bedingungen für die Erfüllung dieser Mission schaffe und ein nationales Einvernehmen in dieser Frage unterstütze, heißt es in der Erklärung. Die Bruderparteien und die internationale Öffentlichkeit werden aufgefordert, den Kampf Panamas für die nationale Integrität und Selbstbestimmung zu unterstützen. Die Probleme Mittelamerikas müßten durch Verhandlungen im Sinne des Contadora-Planes gelöst werden.